

Russische Deserteure

"Ich habe Angst, dass er stirbt"

30. März 2022, 10:41 Uhr | Lesezeit: 4 min

Deutsche Politiker fordern ein Aufnahmeprogramm für russische Deserteure. Warum das den meisten Betroffenen dennoch nicht weiterhelfen dürfte.

Von Violetta Hagen

"Sag Mama nichts davon." Mit diesem Satz endete die Nachricht, die Jewgenij seiner Schwester Elvira am 19. Februar schickte. In der er ihr schrieb, dass er mit seiner russischen Einheit bald an die Grenze zum Donbass vorrücken würde, um zu kämpfen. Doch bald meldete sich der 21-jährige Berufssoldat selbst bei der Mutter - aus dem Krieg, von wechselnden Handynummern. Es waren hastige, kurze Anrufe, in denen er versicherte, dass es ihm gut gehe, dass die Mutter sich nicht sorgen solle. Am 18. März rief er an, um zu sagen, es gehe nun gen Kiew. Und dass er diesen Krieg nicht wolle.

Elvira, die ihren echten Namen nicht nennen möchte, versucht seither verzweifelt, ihrem kleinen Bruder zu helfen. "Ich habe Angst, dass er stirbt. Oder dass er überlebt, aber psychisch gebrochen ist." Jewgenij sei kein Kämpfer, sondern "der liebste Mensch, den man sich denken kann". Ein halber Junge noch, der gerne male und den seine Kunstlehrerin immer ermutigt hätte, nach dem Schulabschluss auf die Kunstschule zu gehen.

Dass er trotzdem beschloss, sich nach dem obligatorischen Wehrdienst für zwei Jahre zu verpflichten, überraschte die Familie. Jewgenij berichtete später von der Hartnäckigkeit seiner Vorgesetzten, die immer wieder die Vorteile einer Verpflichtung betont hätten. Er unterschrieb den Vertrag im Dezember 2021.

Elvira, die mit ihrem Ehemann in der EU lebt, hat sich vor ein paar Tagen an eine russische Organisation gewandt, die Kriegsdienstverweigerer berät. Wie kann der Bruder dem Krieg nur entkommen? Der Ratschlag von dort: Jewgenij müsse sich an seinen militärischen Vorgesetzten wenden, und diesem gegenüber erklären, dass er aus Gewissensgründen den weiteren Dienst an der Waffe verweigere. Ein riskantes Unterfangen, fürchtet Elvira. Es gebe Gerüchte, dass Solda-

ten, die dies tun, an die vorderste Front geschickt werden.

Mit Asylverfahren die russische Armee schwächen?

[Der verlustreiche Krieg in der Ukraine](#) dürfte viele junge russische Soldaten in Jewgenijs Lage bringen. Wie viele von ihnen bereits desertiert sind, dazu gibt es keine verlässlichen Zahlen. Auch die ukrainische Botschaft in Berlin schweigt auf Anfrage. Mehrere ukrainische Berichte über russische Soldaten, die ihr Militärgerät zerstören und verschwinden, können nicht überprüft werden.

Dennoch gibt es in Deutschland nun Forderungen, solchen Deserteuren zu helfen. Der FDP-Politiker Johannes Vogel fordert ein Sonderprogramm für die Aufnahme russischer Soldaten, die sich dem Krieg verweigern. Es ginge darum "jedem russischen Deserteur in der Ukraine schnell, sicher und unkompliziert Asyl zu gewähren", erklärte Vogel. Das würde "womöglich einen Beitrag leisten, die Schlagkraft der russischen Armee weiter zu schwächen".

Auch die Linksfraktion im Bundestag fordert ein vereinfachtes Asylverfahren für Deserteure. Und ein Bündnis von rund 40 Friedens- und Flüchtlingsorganisationen rief am Dienstag dazu auf, auch russischen Kriegsdienstverweigerern Asyl zu gewähren. Nun scheint Bewegung in die Sache zu kommen. Laut Innenministerin Nancy Faeser (SPD) finden entsprechende Gespräche auf europäischer Ebene statt. Wie weit sie gediehen sind, dazu will sich das Innenministerium auf Anfrage nicht äußern.

Alle Nachrichten zum Krieg in der Ukraine - zweimal täglich per Mail oder Push-Nachricht

*Alle Meldungen und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine - im SZ am Morgen und SZ am Abend. Unser **Nachrichten-Newsletter** bringt Sie zweimal täglich auf den neuesten Stand. [Kostenlose Anmeldung](#) unter [sz.de/morgenabend](https://www.sueddeutsche.de/morgenabend). In unserer **Nachrichten-App** ([hier herunterladen](#)) können Sie den Nachrichten-Newsletter oder unsere Eilmeldungen auch als Push-Nachricht abonnieren.*

Doch warum wäre ein Sonderprogramm überhaupt nötig? Reicht nicht das reguläre Asylverfahren, um den Deserteuren etwa in Deutschland Schutz zu gewähren? Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit extrem gering, dass flüchtige russische Soldaten auf deutschem Boden einen Asylantrag stellen. Nach der geltenden Dublin-Verordnung muss das EU-Land, in das der Asylsuchende zuerst eingereist ist, dessen Antrag prüfen. Erreichen russische Deserteure Deutschland über den Landweg, müssen sie demnach in ihr EU-Einreiseland zurückgeschickt werden -

etwa nach Polen oder Rumänien.

Kaum ein Deserteur dürfte Deutschland erreichen

Doch selbst die EU-Nachbarländer der Ukraine zu erreichen, gilt als schier unmöglich: Russische Deserteure dürften bei den ukrainischen Grenzkontrollen auffallen, die die Ausreise wehrfähiger ukrainischer Männer verhindern sollen. Auch spricht wenig dafür, dass die ukrainische Regierung desertierte russische Soldaten einfach ziehen lässt. So [berichtete Kiew jüngst von einem Gefangenenaustausch](#), bei dem der verschleppte Bürgermeister der südukrainischen Stadt Melitopol im Austausch gegen neun junge russische Soldaten freigelassen wurde. Gefangene Militärs sind längst Verhandlungsmasse in diesem Konflikt.

Erreicht ein russischer Deserteur dennoch die EU, hat er durchaus Chancen, Asyl zu erhalten. Für den Antrag ist zunächst relevant, dass er sich an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligen soll. "Das können wir für den Krieg in der Ukraine annehmen", sagt Antje Becker, eine Frankfurter Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Asylrecht. Zudem müsse er darlegen, dass ihm wegen seiner Weigerung zu kämpfen in Russland politische Verfolgung droht. Auch das könne wohl angenommen werden für ein Land, in dem der Krieg gegen die Ukraine nicht einmal als solcher bezeichnet werden darf, so Becker. Einfacher ist es für ukrainische Deserteure: Schaffen diese es, ihr Land zu verlassen, haben sie die gleichen Aufenthaltsrechte wie alle ihre Landsleute in der EU.

Sehr schwer wird es dagegen für junge Männer wie Alexej. Der 20-Jährige aus Smolensk studiert noch - und muss daher nicht damit rechnen, in diesem Jahr zum Wehrdienst eingezogen zu werden. Doch Alexej vertraut nicht darauf. Er rechnet mit einer Generalmobilmachung. Der Gedanke, eingezogen zu werden, macht ihn "ängstlich und wütend". Nicht zuletzt, weil er den Krieg in der Ukraine strikt ablehnt. "Ich wünsche meinem Land eine schnelle Niederlage", schreibt Alexej über den Messengerdienst Telegram.

Er will Russland verlassen und hat deshalb Kontakt mit Aku Kervinen von der finnischen Vereinigung für Kriegsdienstverweigerer AKL aufgenommen. "Wir hatten in den letzten Wochen mit etwa 15 bis 20 russischen Männern Kontakt", schildert Kervinen. "Bei den meisten steht die Einberufung zum Wehrdienst kurz bevor. Sie haben Angst und wollen das Land verlassen."

"Sie wollen die Russen nicht im Land haben"

Doch das könnte nach der aktuellen Rechtslage sehr schwierig werden. "Die bloße Befürchtung, einberufen zu werden, reicht nicht aus - ohne Einberufungsbefehl ist es aussichtslos", sagt

Rechtsanwältin Antje Becker. Zudem müsse der Betroffene nachweisen, dass er tatsächlich in die Ukraine geschickt werden und nicht etwa Dienst in einer russischen Kaserne verrichten soll. Aktivist Aku Kervinen ist nicht überzeugt, dass in seinem Land der politische Wille da ist, an dieser rechtlichen Lage etwas zu ändern. "Einige finnische Politiker fürchten, dass die jungen Männer vom russischen Staat instrumentalisiert werden, um Finnland zu schwächen. Sie wollen sie nicht im Land haben."

Weit weg von Russland sorgt sich Elvira indes weiter um ihren Bruder Jewgenij. Sie möchte ihn dazu überreden, seinen Vertrag aufzukündigen und die Waffen niederzulegen. Aber Jewgenij meldet sich bislang nur bei der Mutter und auch das nur sporadisch. Ihre Mutter allerdings, schildert Elvira mit resignierter Stimme, sei gegen ihre Bemühungen. "Sie hat mich sehr für all meine Pläne, ihn rauszuholen, kritisiert", sagt Elvira. Die Mutter sei eine gläubige Frau. "Sie sagt: Gott wird meinen Sohn beschützen."

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5556008

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/skle

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.